



Drucksachen-Nr: V/2024/390-E01
Vorlageart: Sitzungsvorlage
Status: öffentlich
Erstellt durch: Amt 50 - Sozialamt

TOP: _____

Einst.	Ja	Nein	Enth.

**Aufenthaltort im öffentlichen Raum; Antrag der Fraktionen der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.09.2024**

Beratungsfolge

Datum	Beratungsfolge
25.03.2025	Ausschuss für Arbeit, Soziales, Integration, Demografie und Quartiersentwicklung (Entscheidung)

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Integration, Demografie und Quartiersentwicklung stimmt der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu und dankt dem Frauenkomm Gleis1 für die Bereitstellung des Pavillons. Er begrüßt die Verzahnung der städtischen Ämter, insbesondere A 32, A 50 und A 51 sowie die Einbeziehung des Gesundheitskiosks der StädteRegion Aachen in das Beratungsangebot zur Gesundheitsberatung.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- keine Auswirkungen
 positive Auswirkungen
 negative Auswirkungen

Kurze Erläuterung (1-3 Sätze – Um welche Auswirkungen handelt es sich? Sind diese erheblich oder gering? Wenn die Auswirkungen negativ sind, bestehen alternative Handlungsmöglichkeiten?)

Sachverhalt:

Städtische Bereiche im unmittelbarem Umfeld von Bahnhöfen und Haltepunkten des ÖPNV sind regelmäßig Ziel öffentlicher Kritik hinsichtlich Sicherheit, Sauberkeit oder sozialer Kontrolle.

Unzweifelhaft besteht noch immer Raum für Verbesserungen oder Optimierungen des aktuellen Zustandes, auch wenn bereits viele Maßnahmen erfolgreich durchgeführt wurden und sich die Situation insgesamt deutlich verbessert hat. In diesen Kontext passen die aktuellen Initiativen und Anträge der Ratsfraktionen.

Nach Auffassung der Verwaltung ist insbesondere der Auftrag zur Schaffung eines

„Aufenthaltsortes im öffentlichen Raum“ insbesondere in ordnungsrechtlicher und städtebaulicher Hinsicht herausfordernd.

Wie bereits zuvor berichtet, wurde im Rahmen des InHK Herzogenrath-Mitte eine Attraktivierung des Bahnhofsumfeldes in städtebaulicher Hinsicht geschaffen. Diese Verbesserungen sollten keinesfalls durch einen Unterstand o. ä. behelfsmäßig anmutende Bauten konterkariert werden. Gleichzeitig handelt es sich um ein berechtigtes soziales Interesse, (an Alkoholsucht) erkrankten Menschen Hilfemöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die als Baustein zur Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen positiv beitragen könnten.

Nach Abwägung unterschiedlicher Aspekte regt die Verwaltung deshalb an, auf die (Neu-) Errichtung eines eher behelfsmäßigen Unterstandes zu verzichten. Vielmehr wird vorgeschlagen, ein geschütztes Beratungsangebot in den Räumen des Pavillons am Bahnhof anzubieten.

Der Pavillon bietet eine geschützte Atmosphäre mit notwendigen sanitären Voraussetzungen sowie eine Infrastruktur, die eine Beratung oder Hilfe bei Anträgen zulässt. Außerdem bietet das neue Angebot des Gesundheitskiosks der StädteRegion ebenfalls die Möglichkeit, die gewünschte Beratung in „Gesundheitsanliegen mit einer Fachkraft“ zu gewährleisten.

In Abstimmung mit den zuständigen Stellen kann ein Beratungsangebot im Pavillon am Bahnhof zunächst jeweils montags und mittwochs in der Zeit von 13:00 – 16:30 Uhr angeboten werden. Außerdem bleibt es den Menschen unbenommen, dass monatlich zur Verfügung stehende Angebot des städteregionalen Gesundheitskiosks insbesondere in gesundheitlichen Fragen zu nutzen.

Hierdurch wird die Möglichkeit geschaffen zu prüfen, ob und in welchem Umfang das Angebot angenommen wird. Gleichzeitig werden keine hohen finanziellen Standards etabliert, da das Suchthilfeprojekt bekanntlich zunächst nur bis zum 31.12.2025 gesichert ist.

Das vorgenannte Angebot stellt nach Auffassung der Verwaltung einen guten und leistungsfähigen Kompromiss zwischen dem Machbaren und dem Wünschenswerten da.

Im Hinblick auf die soziale Kontrolle und die weiteren „ordnungsbehördlichen“ Fragestellungen nimmt das Konzept der „Aufsuchenden qualifizierten Alkohol- und Drogenintervention in Herzogenrath“ der Suchthilfe eine Schlüsselrolle ein. Seit Beginn des Projektes findet eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem städtischen Bürger- und Präsenzdienst statt. Die bewährten Strukturen und Formate der Zusammenarbeit werden fortgesetzt und intensiviert.

Darüber hinaus werden die Beschäftigten der Mobilen Jugendarbeit künftig bei Bedarf gemeinsam mit den Streetworkern der Suchthilfe die Menschen am Bahnhof besuchen und ggfs. im Pavillon beraten. Die Zusammenarbeit hat bereits begonnen und wird auch fortgesetzt werden, obwohl bisher keine jugendliche Zielgruppe am Bahnhof angetroffen wurde.

Durch die vorgestellten Maßnahmen wird die soziale Betreuung und Beratung der suchtkranken Menschen erheblich verbessert.

In einem nächsten Schritt wird von Seiten der Verwaltung angestrebt, die Beschäftigten des Projektes „Mitten in Herzogenrath“ für eine Mitarbeit im Projekt zu gewinnen. Dies wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, da sich „Mitten in Herzogenrath“ bekanntlich noch im Aufbau befindet.

Für die anstehenden Planungen des Haushaltes 2026 ff. strebt die Verwaltung eine Verstärkung der sozialen Arbeit im Bahnhofsbereich an und wird entsprechend die notwendigen Haushaltsmittel einplanen. Als mögliche Variante wird darüber hinaus ein

mobiles Angebot angestrebt – als Ersatz bzw. als Ergänzung der vorgeschlagenen Struktur.

Anlage/n

1 - Aufenthaltsort im öffentlichen Raum_Antrag der Fraktionen SPD und GRÜNE vom
03.09.2024